

Bildungslandschaft wird geformt

SCHULE Stadt will stärker als Gestalterin auftreten – Grundschulen auch ganztags



Suche nach dem richtigen Kurs: Der Bielefelder Wissenschaftler Hans-Uwe Otto hat konkrete Vorstellungen. BILDER: VON REEKEN

Die Stadt greift im Bildungsbereich stärker ein. Das war das Thema einer ersten Konferenz.

VON KARSTEN RÖHR

OLDENBURG – Deutlich mehr Schüler als bisher sollen ihre Möglichkeiten ausschöpfen können – für sich selbst, für das Klima in der Stadt und die Schonung kommunaler und staatlicher Finanzen. Wissenschaftler sehen das auch als „Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung“. Schuldezernent Martin Schumacher sagte es auf der 1. Oldenburger Bildungskonferenz am Dienstag im PFL so: „Eine intelligente Form der Bildungspolitik ist die beste Form der Sozialpolitik.“

Aber was ist die richtige Form? Die Stadt hatte mit der Universität Bielefeld, die sie auf ihrem Bildungsweg begleitet, zu der Konferenz eingeladen, um – auch mit Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) – darüber zu reden. Die Moderation übernahm Holger Ahäuser (NDR). Die Bielefelder Wissenschaftler Dr. Thomas Coelen



Befürwortet staatlich-kommunale Bildungslandschaften grundsätzlich: Ministerin Elisabeth Heister-Neumann.

und Prof. Dr. Hans-Uwe Otto entfalteten den relativ neuen Begriff der Bildungslandschaft, der auch als Antwort auf PISA zu verstehen sei und skizzierten erste Beispiele. In der Bildungslandschaft verzahne die Kommune die schulischen und nicht-schulischen Bereiche aus dem Lebensumfeld der Schüler – unter deren Beteiligung und gestützt von der Politik.

Die Stadt wolle ihre Bildungslandschaft entwickeln, indem sie Jugendhilfe und Schulamt zusammenlege, so

Schumacher. Auch der Ausbau der Kinderbetreuung gehöre dazu, der Aufbau des Koordinierungszentrums Kinderschutz, Qualifizierung und Ausbau der Tagespflege, die Förderung besonderer Zielgruppen, Sprachförderung und der Übergang vom Kindergarten in die Schule.

Schumacher würde gerne einige Grundschulen in gebundene Ganztagschulen umwandeln (in denen alle Kinder bis zum Nachmittag bleiben). Das Kultusministerium will den Eltern aber die

Wahlmöglichkeit lassen, ließ Schumacher durchblicken. Zu den Handlungsfeldern gehörten auch „die dritte IGS, die hoffentlich Ganztagschule werden kann, die Konsolidierung der verbleibenden Haupt- und Realschulen, ein besseres Übergangsmanagement von einer Schulform zur anderen, auch aus der Sekundarstufe 1 in die Berufsbildenden Schulen, wo zu viele Schüler in der Warteschleife sind“. Auch die Beratung von Eltern und Jugendlichen soll verbessert werden.

Elisabeth Heister-Neumann warb für Kooperationen und eine intensive Zusammenarbeit „über alle Ebenen“. Es werde aber nicht nur in der Schule gelernt, „sondern auch außerhalb – selbst organisiert und selbst gesteuert“. Die einzelnen Themen und Aufgaben bei der Bildung staatlich-kommunaler Bildungslandschaften wie in Oldenburg könnten „diskursiv ausgehandelt werden“. Budgets seien dabei ein wichtiges Thema. Im Kern gehe es um die Schule, „aber nicht um Systeme“. Im Mittelpunkt hätten „immer die Kinder und Jugendlichen zu stehen“.